

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

10.12.1862 (No. 290)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 10. Dezember.

N. 290.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Amthlicher Theil.

Karlsruhe, den 8. Dezember.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 26. November d. J. gnädigst geruht, dem seitherigen Revisor Richard bei dem katholischen Oberkirchenrath den Charakter als Oberrechnungsrath zu verleihen; dem zum Sekretär bei dem katholischen Oberstiftungsrath ernannten Kameralpraktikanten Karl Edelmann von Buchen, und dem zum Expeditor bei dieser Stelle ernannten seitherigen Registraturgehilfen Philipp Castorpy dahier die Staatsdiener-Eigenschaft zu ertheilen; den Oberrechnungsrath Diez bei dem katholischen Oberkirchenrath, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistungen, ferner den Sekretär von Kleudgen, den Revisor Birnbacher und den Expeditor Keimer bei der genannten Stelle in den Ruhestand zu versetzen.

Das Ministerium des Innern hat mit höchster Ermächtigung seiner königlichen Hoheit des Großherzogs aus großh. Staatsministerium vom 26. Novbr. d. J., Nr. 1161, Namens der großh. Regierung im Einverständnisse mit dem erzbischöflichen Ordinariate zu Balleibanten bei dem katholischen Oberstiftungsrath ernannt: zum Revisionsvorstand den Oberrechnungsrath Richard, seither Revisor bei dem katholischen Oberkirchenrath, sodann zu Revisoren den Stiftungsrevisor Junke bei der Regierung des Mittelrheintheiles, den Stiftungsrevisor Anniser bei der Regierung des Untertheintheiles, den Stiftungsrevisor Kreuzburg bei der Regierung des Seckreises, den Revisor Willard bei dem katholischen Oberkirchenrath, den Stiftungsrevisor Moriell bei der Regierung des Obertheintheiles, den Revisor Andriano bei dem katholischen Oberkirchenrath, den Stiftungsrevisor Sigand bei der Regierung des Seckreises, den Stiftungsrevisor Husschmidt und den Stiftungsrevisor Maier, Beide bei der Regierung des Mittelrheintheiles; zum Sekretär den Kameralpraktikanten Karl Edelmann von Buchen, zum Registraturgehilfen den Registraturgehilfen Philipp Castorpy bei dem katholischen Oberkirchenrath.

Kg. Amerikanische nordstaatliche Generale.
(Fortsetzung aus Nr. 288.)
Fremont ist jetzt ein fünfziger, eine eisenfeste hagerer Gestalt, sonnenverbrannt, verwitert; mit jenem wachsamem, rasch aufmerksamen, durchdringenden Blick, wie er den Jäger oder Hinterwälder kennzeichnet, dem sich die Wahrnehmungsbahn durch die Gewohnheit der Gefahr, Wagnis und plötzlicher Nothfälle schärft. Die große wissenschaftliche Bildung, an die er Anspruch macht und die man ihm im Publikum beimißt, wird ihm von seiner vormaligen militärischen Standesgenossen des Ingenieurcorps verächtlich abgeprochen. Seine anmaßliche Unzulänglichkeit und sein Verwaltungsgeschick — um es bei seinem schlimmen Namen zu nennen — haben sich durch seine neuerliche Laufbahn in Missouri (wo er bekanntlich im jetzigen Bürgerkrieg den Befehl führte) übergenug an's Licht gestellt; und wäre ihm die Gelegenheit geboten, so griffe er sehr wahrscheinlich im Dunkel seiner Eitelkeit und im raschlosen Drang seiner Ehrsucht nach einer Höhe der Gewalt, die er festhalten die Fähigkeit nicht beizähe.
Fremont ist wohl den meisten Lesern aus den Verdeutschungen seiner höchst anziehenden und spannenden, eben so unterhaltenden wie lehrreichen, Reiseverichte, oder durch auszügliche Mittheilungen aus denselben, in deutschen Zeitschriften, als unermüdbarer, fühner und die höchsten Fortschritte der Erdkunde u. s. w. jedenfalls vielfach bereichernder und fördernder Forschungsreisender, und als Politiker, der — von der republikanischen Partei (vorzugweise der Deutschen) in den Vereinigten Staaten getragen — der Erlangung der Unions-Präsidentenwürde im Jahr 1856 ganz nahe stand, wie endlich als bester fabelhafter Reichthum, aus den Zeitungen hinlänglich bekannt, deshalb hier eine Ergänzung oder eine — vielleicht billige — Beantwortung des von Verfasser über ihn, als Mann der Wissenschaft, als Politiker oder als Militär, ausgeprochenen harten Urtheils nicht notwendig. Auskunft über Fremont's Leben, und zwar nur günstigen Inhalts, gibt u. A. ein Allen leicht zugängliches Werk, die Brochüre „Life of Fremont“, von N. (1861), S. 322—24.
Hubert W. Carey, aus Massachusetts, ein Kadett von 1829; dann im fünften Infanterieregiment; wußte sich von diesem, zur Ver-

Nicht-Amthlicher Theil.

Telegramme.

Kassel, 9. Dez. Ständesitzung. Auf Antrag des Finanzausschusses wurde einstimmig beschlossen, die Staatsregierung um alsbaldige Vorlage eines Entwurfs wegen Forterhebung der Steuern zu ersuchen. Der Landtagss-Kommisär bezieht sich bezüglich der Rechtsfrage auf die abgegebene Erklärung, glaubt aber, daß die Regierung die Zweckmäßigkeitserfrage ernstlich erwägen werde.
Der volkswirtschaftliche Ausschuss beantragt einstimmig die Zustimmung zu dem Handelsvertrage.

Berlin, 9. Dez. Die „Stern-Zeitung“ veröffentlicht folgenden Königl. Erlaß:
„Im nächsten März sind es 50 Jahre, daß auf Aufruf meines Vaters das preussische Volk sich zu dem großen Kampfe des Befreiungskrieges unter die Waffen stellte. Ich halte es für angemessen, daß die Erinnerung an den Beginn der ruhmvollen Thaten der Armee, welche diese Zeiten zu den glänzendsten der preussischen Geschichte gemacht, am Jahrestag der Errichtung der Landwehr gefeiert werde.
Nächsten Februar sind es aber auch 100 Jahre, daß der siebenjährige Krieg durch den glorreichen Hubertsbürger Frieden beendet wurde, — ein Ereigniß, durch welches die Großmachtstellung Preussens in jenen Zeiten fest begründet wurde und für welches der göttlichen Vorsehung öffentlichen Dank darzubringen wir noch heute verpflichtet sind. Ich fordere das Staatsministerium auf, mir über die Art der anzunehmenden Feierlichkeiten Vorschläge zu machen.“

Paris, 8. Dez. (Mith. J.) Die „Opinion“ erhielt eine zweite Verwarnung wegen eines Artikels, welcher die Handlungen der Regierung liberalen Einflüssen zuschrieb.

Bern, 8. Dez. (Mith. J.) Die Dappenthafrage wurde durch einen heute unterzeichneten Vertrag auf Grundlage gegenseitiger Gebietsabtretung geregelt.

Zürich, 7. Dez. Die „Stille“ veröffentlicht folgende Nachrichten über die Ministerkrise: Farini solle Ministerpräsident ohne Portefeuille werden, Peruzzi das Innere, Cassinis die Justiz, Menabrea die öffentlichen Arbeiten, Longo die Marine, Audinot den Handel erhalten. General Peritti hat das Kriegsministerium nicht angenommen; man erwartet die Antwort des Auvoyers. Man versichert, daß Pasolini das Ministerium des Auswärtigen nicht übernehmen wolle. Man glaubt, die offizielle Zeitung werde morgen die definitive Ministerliste veröffentlichen.

Zürich, 8. Dez. (Mith. J.) Die „Gazette“ bringt noch keine Ministerliste. Indessen wurden Farini, Minghetti, Peruzzi, Menabrea bereits beidigt. Pasolini und Cassinis verweigern die Annahme eines Portefeuilles. Farini erhält das Aeußere, Bissanelli die Justiz. Am nächsten Mittwoch findet Kammereröffnung statt.

Bucharest, 7. Dez. (W. L. B.) Die angehaltenen Waffens waren als Eigenthum des Fürsten von Serbien anerkannt. Die Beschlagnahme wird verweigert und der Transport freigegeben. Die Pforte soll gegen die außerordentlichen, in verschiedenen Orten der Fürstenthümer sich befindenden Waffenniederlagen bei den Großmächten protestiren wollen.

Alexandrien, 7. Dez. Abends. Das Dampfschiff „Colombo“ mit der chinesischen, indischen und australischen Post ist bei der Insel Manicoe vollständig zu Grunde gegangen. Die Reisenden, Besatzung und ein Theil der Briefkisten sind gerettet worden.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Dez. (Fr. J.) In der heutigen außerordentlichen Senatsitzung wurde Hr. Senator Dr. Müller zum älteren und Hr. Senator Forstmann zum jüngeren regierenden Bürgermeister für das Jahr 1863 erwählt.

Frankfurt, 9. Dez. Unter Schützenfest hat bekanntlich ein Defizit von 50,000 fl. hinterlassen, und das Zentralkomitee ist beim Senat mit der Bitte um Hebernahme dieser Summe auf den Staatskassael eingetroffen. Wie wir nun so eben hören, hat der Senat dieses Gesuch ablehnend beschieden.

Wiesbaden, 8. Dez. Wie der „Südd. Ztg.“ mitgetheilt wird, sollen die neuesten Vorgänge zwischen General v. Haynau und Hauptmann Dörck dem nassauischen Offizierkorps nicht ohne Rückwirkung geblieben sein. Das Blatt schreibt: Hr. v. Haynau ist als kurbessischer Divisionär zugleich Oberbefehlshaber der zu derselben Bundesdivision gehörigen nassauischen Truppen. Das von Hauptmann Dörck in seiner Broschüre beleuchtete Benehmen des Generals v. Haynau gegen die Herren General v. Specht und Major v. Berchauer ist nun in dem nassauischen Offizierkorps entschieden verurtheilt worden, und es bereiten sich von dort aus Schritte vor, welche im Wesentlichen darauf hinausgehen, das fernere Oberkommando des Generals v. Haynau als nach militärischen Begriffen unmöglich nachzuweisen. Einige nassauische Offiziere sollen sich zu dem Zweck bereits nach Hanau begeben haben, um mit den Offizieren des dort garnisonirenden Regiments Rücksprache zu nehmen.

Kassel, 6. Dez. (Fr. J.) Wie bekannt, hat Hr. v. Haynau von dem Hauptmann Dörck Genugthuung gefordert, dieser aber erklärt, dieselbe erst dann geben zu können, wenn Hr. v. Haynau zuvor die in der Broschüre „Staatsdiener und Staatschwärzer“ erwähnten Ehrenhändel mit den Hrn. v. Berchauer und v. Specht ausgeglichen haben werde. In Folge dessen hat der Schwager des Hrn. v. Haynau, Oberstleutnant in der Garde du Corps, v. Cornberg, das Offizierkorps zur Aeußerung aufgefordert; die Offiziere haben nach Regimentern ihre Stimmen abgegeben, und mit Ausnahme von vielleicht vier bis sechs sich dahin — wenigstens wie glaubhafte Mittheilungen besagen — ausgesprochen, daß die Sache damit nicht für abgethan angesehen werden könne, woraus von selbst folgt, daß das Offizierkorps das Begehren des Hrn. Dörck für ein vollkommen berechtigtes hält. Die Herren v. Haynau und seine Rathgeber, der vorhinige Ministerialvorstand Oberst v. Ende und Oberstleutnant v. Cornberg, haben vielleicht ein solches Ergebnis nicht vorausgesehen. Die genannten Herren haben auch, da Hr. Dörck Mitglied des Militärkassinos ist, ihren Austritt aus demselben angezeigt; seitdem — ob auch in Folge davon, mag dahingestellt bleiben — sollen sich gegen 40 Offiziere zur Aufnahme in das Kasino gemeldet haben.

Kassel, 6. Dez. (Südd. Z.) Nach dem Vorausschlag der Staatsrechnungen und Ausgaben für die

Der Umstand, daß wegen der langsamen Beförderung in ihm ein Offizier mit der Zeit, bis er eine Oberstenstelle in der Armee erreicht, für den Dienst zu alt wurde, erklärt, warum bei diesem Entscheidungskampfe die föderalistischen Generale aus den jüngeren Offizieren genommen wurden, denn Jungsein gehört wesentlich zum militärischen Erfolg; ein Major, der als Achtzigjähriger, noch mit heller kräftiger Jugendfrische leitet und befehligt — siegt, ist eine Seltenheit. Niles und Sumter sind die einzigen Offiziere vom alten Heer, deren Namen zum Vorschein kommen; und mit Recht wirft sich die Frage auf, weshalb die vielen Gutes versprechenden Subalternoffiziere, die sich aufzählen lassen, nicht den Befehl über Freiwilligen-Regimenter haben anstatt der Zivilisten, deren einziger Anspruch darauf ihr politischer Einfluß gewesen ist. Die föderale vollziehende Gewalt hat also im regulären Heer eine wirksame Streitmacht zu ihrer Verfügung, und als sie sich dagegen entschied, es zum Kern ihrer unregelmäßigen Aufgebote zu machen, — was doch einst bei seiner Errichtung die vorzuziehliche „Mater der Republik“ (Washington, Adams u. s. f.), durch Erhöhung des Werths der Organisations-Einheit, der Kompagnie oder Schwadron, von 50 auf 100, ja auf 200 Mann und des Regiments von 500 bis auf 5000 Mann, beschleunigten. — so beging sie einen schweren Irrthum darin, daß sie es nicht wenigstens unter die neuen Schlachthäuser vertheilte, anstatt ihr Vertrauen gänzlich auf röhe, im Sturm erfolgte, Aufgebote ohne alle Einschaltung von altgedienten Leuten, die Zuversicht und Festigkeit einflößen sollten und konnten, zu setzen.

Die nächsten Ursachen des verschiedenen Glucks, das die zwei aus einem und demselben Heer genommenen Generalsgruppen begleitet hat, sind wohl in den Verschiedenheiten der Stammeart und der gesellschaftlichen Zustände, wie sie sich durch bedeutend von einander abweichende Verhältnisse des Bodens und Himmelsstrichs bedingten, in den zwei einander jetzt feindlichen Hälften, in die sich die einig „Vereinigten Staaten“ getheilt haben, zu suchen und zu finden.
(Schluß folgt.)

Jahre 1861 bis 1863 belaufen sich die Staatseinnahmen jährlich auf zusammen 5,117,340 Thlr., mithin zusammen für die drei Jahre auf 15,352,020 Thlr. Dazu kommen noch: das Betriebskapital mit 900,000 Thlr., ferner Ueberschüsse aus der Finanzperiode 1855 bis 1857 mit 91,830 Thlr. und aus der Finanzperiode 1858 bis 1860 im muthmaßlichen Betrag von 508,450 Thlr., so daß sich der Gesamtbetrag der Einnahme auf 16,852,300 Thlr. stellt. Nach den einzelnen Titeln vertheilen sich diese Einnahmen wie folgt: I. Direkte Steuern 894,300 Thlr.; II. Indirekte Abgaben 1,183,350 Thlr.; III. Wege- und Brückengelder 44,240 Thlr.; IV. Dominalsteuern 344,570 Thlr.; V. Ertrag der Gesundbrunnen 49,110 Thlr.; VI. Aufkommen aus den Forsten 950,570 Thlr.; VII. Aufkommen von den Jagden 9530 Thlr.; VIII. Aufkommen von den Fischereien 2430 Thlr.; IX. Ertrag der Berg-, Salz- und Hüttenwerke 352,490 Thlr.; X. Einnahmen von den Posten auf 43,500 Thlr.; XI. Aufkommen von den Staatseisenbahnen 518,000 Thlr.; XII. Einnahmen aus dem Kapitalvermögen des Staats 542,020 Thlr.; XIII. Ablieferungen aus den Ueberschüssen der Landescredittasse 42,000 Thlr.; XIV. Aufkommen vom Landgestüt 9500 Thlr.; XV. sonstige Einnahmen 131,730 Thlr. Die Ausgaben belaufen sich für das einzelne Jahr auf 5,454,420 Thlr., mithin für die drei Jahre zusammen auf 16,363,360 Thlr. Hierzu kommt das Betriebskapital mit 900,000 Thlr., so daß sich der Gesamtbetrag der Ausgaben auf 17,263,360 Thlr. stellt. Davon gehen indeß ab die Beträge, welche da die Feststellung des Voranschlags erst nach Ablauf der Jahre 1861 und 1862 erfolgen wird, nicht erforderlich sind, mit 416,890 Thlr.; es betragen sonach die Ausgaben nur 16,846,470 Thlr., so daß sich überhaupt ein Ueberschuß von 5930 Thlr. ergibt. Nach den einzelnen Titeln vertheilen sich die Ausgaben, wie folgt: I. für den kurfürstlichen Hof 304,760 Thlr.; II. für fürstliche Apanage und Deputate 56,900 Thlr.; III. für das Staatsministerium 71,510 Thlr.; IV. für Rechtspflege 366,450 Thlr.; V. für innere Landesverwaltung 1,158,000 Thlr.; VI. für Finanzverwaltung 1,639,900 Thlr.; VII. für Kriegsverwaltung 1,475,480 Thlr.; VIII. für auswärtige Angelegenheiten 54,990 Thlr.; IX. für Pensionen und Unterstützungen 326,430 Thlr.

Berlin, 6. Dez. Die „Kreuzzeitung“ theilt die kurze Antwort des Hrn. v. Bismarck auf das Schreiben des Hrn. v. Dehn-Rottfeller vom 1. Dez. mit und macht dazu folgende, in ihren Epitheten etwas sonderbar klingende Bemerkungen:

Die kurfürstl. Regierung wird wohl sehr zufrieden sein, daß sie nur diese Antwort erhalten; denn ihr neulichs Schreiben hätte, wenn das preussische Kabinet minder rückfichtlich handeln wollte, eine ganz andere Erwiderung finden können. Der heftige Minister war ja wirklich in der sonderbaren Lage, daß er in seinem Schreiben eine Ansicht zu vertheidigen hatte, der er, wie seine Kollegen durch Einreichung des Entlassungsgeheißes selbst entgegengetreten waren. Weil diese Ansicht — in Folge des diplomatischen Einschreitens der deutschen Großmächte — inzwischen aufgegeben ist an entscheidender Stelle, deshalb hat das Ministerium seine Entlassung zurückgenommen und verbleibt nun im Amte. In der That, die Sache verhält sich so: Entweder der kurfürst erklärte im Sommer, daß er dem Bundesbeschlusse nachzukommen nicht in dem Fall wäre, und ließ die Angelegenheit sich demgemäß weiter entwickeln; oder er fügte sich demselben — wie er denn gethan — und ging dann in der Weise vor, wie sein doch gewis nicht liberales Ministerium ihm anrieth und er jetzt auch selbst beschloßen hat. Ein Drittes gibt es nicht ohne Künstlichkeiten.

Der Landrath zur Regebe im Kreise Freystadt (Schlesien), Mitglied des Abgeordnetenhauses, ist zur Disposition gestellt worden. — Die Anfrage der evangelischen Kirchenbehörde, ob sich in den Gemeinden ein Bedürfnis nach der Pivilege herausgestellt habe, ist auf den Kreisynoden der Provinz Posen, so weit sich aus den vorliegenden Berichten ersehen läßt, verneinend beantwortet worden. — Der Abgeordnete Kreisrichter Meißner in Schievelbein, der, der Einladung seiner Wähler folgend, kürzlich mehrere Orte seines Wahlkreises besuchte und überall mit Ovationen empfangen wurde, ist darüber zur Verantwortung gezogen worden, weil er sich ohne Erlaubnis seines Gerichtsbezirks entfernt habe. — Die Kreisrichter Beilke und Hildebrandt in Belgard sind wegen Verbreitung des Flugblatts zu den Wahlen: „Schafft euch eine bessere Kreisordnung“, zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden.

Die „Hamburger Nachrichten“ lassen sich aus Berlin von einer heftigen Unterredung berichten, welche zwischen Hrn. v. Bismarck und dem bayrischen Gesandten stattgefunden und den Handelsvertrag mit Frankreich zum Gegenstand gehabt habe. Preußen, erklärte Hr. v. Bismarck, werde sich durch keinen Widerstand davon abbringen lassen, seinen Verpflichtungen gegen Frankreich nachzukommen. Der „Weser-Ztg.“ wird derselbe Vorfall berichtet und hinzugefügt: „Alle Angaben, welche auch nur entfernt wissen wollten, daß die Regierung ihre Stellung zu dem Handelsvertrag modifiziren wolle, sind total ungegründet. Erneute Beratungen über Gegenstände, welche mit der Frage in Zusammenhang stehen, haben zu der erneuten Entschliebung geführt, auch nicht ein Haar breit die bisherige Position zu verlassen.“

Berlin, 7. Dez. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „Die Phase der angeblichen Konzeptionen und des Verfalls eines Kompromisses, von welchen Gerüchte wissen wollen, kann sich nach genauen Erkundigungen nur erst in der Vorbereitung befinden. Selbst die faktische zweijährige Dienstzeit soll noch nicht erlangt sein. Die Maßregel gegen den Landrath zur Regebe deutet für den Augenblick noch auf keinen Stillstand in der Reaktion hin. Auch die Verletzung des Hrn. v. Uffedom nach Turin, an welche man zuerst nicht glauben wollte, ist ein keineswegs günstiges Symptom. Graf Brassier de St. Simon ist unter dem gegenwärtigen Ministerium augenscheinlich zu freundlich für Italien erschienen, sowie Hr. v. Uffedom zu liberal im Mittelpunkt der deutschen Verhältnisse. An anderweitigen Erklärungen dieses Wechsels wird es vielleicht nicht fehlen, aber die Thatfache spricht für

sich. Angesichts dieser Vorgänge könnten f. g. Zugeständnisse, sollten sie gegen den Zusammentritt der Kammern erfolgen, doch sicherlich nur zum Zweck haben, die Kammer, wenn diese sie als ungenügend ablehnt, in ihr Unrecht zu setzen. Das Vorgehen gegen die gemäßigt-liberalen Landräthe, welche das Land zählen mag, ist auch schon wieder auf etwaige Neuwahlen bezogen, bei welchen das Ministerium eine stärkere Einwirkung, als bei den letzten Wahlen, ausüben wollte. Ueber das vorläufige Verbleiben des Hrn. v. Jagow endlich bestehen zwei Lesarten. Nach der einen wäre darin zu erkennen, daß man doch nicht ganz so weit, wie die Ultras wünschen, jetzt vorgehen wollte, wobei Hr. v. Jagow eigenthümlich genug als den feudalen Erwartungen nicht ganz entsprechend aufgefaßt wird, während man nach der andern einfach noch keinen geeigneten Nachfolger für ihn gefunden haben würde. — Dem Hrn. Grabow gehen, wie man hört, von allen Seiten des Landes noch immer Adressen zur Anerkennung der Thätigkeit des Abgeordnetenhauses zu. Die Mittheilung derselben nach Eröffnung des Hauses wird sicherlich überall ihren Eindruck nicht verfehlen. — In Cottbus wurde der Rektor der höheren Mädchenschule von dem vorgelegten geistlichen Schulinspektor verantwortlich vernommen, weil er — an dem den Abgeordneten des Wahlkreises gegebenen Festmahle Theil genommen. Der betreffende Paragraph des Disziplinargesetzes muß doch sehr weit gedehnt werden können.“

Berlin, 8. Dez. Mehrseitig wird hier berichtet, die Regierung halte noch immer an der Hoffnung fest, daß in der nächsten Landtagsession eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus erfolgen werde. Auch sprechen mannigfache Zeugnisse für das wirkliche Vorhandensein dieser Auffassung. Wir erinnern nur an verschiedene Kundgebungen des Ministerpräsidenten v. Bismarck, in denen unter Hinweis auf den „versöhnlichen Sinn der Regierung“ die Erwartung ausgesprochen ist, auch das Abgeordnetenhaus werde zu einer gütlichen Beilegung des obshwebenden Zwistes entgegenkommend die Hand bieten. Ebenso hat erst kürzlich der Kriegsminister v. Koon zu einer Abordnung geäußert: die Regierung werde beim nächsten Zusammentreten des Abgeordnetenhauses den Versuch einer Einigung erneuern. Dabei scheint die Hoffnung auf das Gelingen der Einigung wesentlich in der Annahme zu beruhen, die Einbringung des Wehrpflichtigkeitsgesetzes und des Antrags auf nachträgliche Billigung der Staatsausgaben für 1862 werde vorzugsweise zur Lösung des Zwistes beitragen. Allerdings liegen in diesen beiden Fragen die Hauptpunkte des ganzen Streites. Zu ihrer Erledigung dürfte indessen die formelle Seite der Ausgleichungsgeschäfte viel weniger in Betracht kommen, als der materielle Inhalt der Regierungsvoorlagen. Die Opposition will in der Budgetangelegenheit ein maßgebendes Geldbewilligungs-Recht des Abgeordnetenhauses anerkannt wissen. In der Militärfrage aber verlangt sie vor Allem die Einführung der zweijährigen statt der dreijährigen Dienstzeit. Ueber diesen Punkt besteht zwischen allen liberalen Fraktionen keine Meinungsverschiedenheit. Wie verhält sich nun dazu die Anschauung der Regierung? Will sie den Forderungen der Opposition sachliche Zugeständnisse machen? — Das ist die entscheidende Frage, um die es sich handelt. Bis jetzt scheint das ihre Absicht nicht zu sein. Was zumal das Wehrpflichtigkeits-Gesetz betrifft, so hat der Kriegsminister vor der schon genannten Abordnung gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit sehr erhebliche Bedenken geltend gemacht, daß die Regierung noch nicht entschlossen ist, im Grundsatze die dreijährige Dienstzeit fallen zu lassen. Wo bleiben also unter solchen Umständen irgend sichere Stützpunkte für die Hoffnung auf eine Verständigung mit einer Opposition, die ihrerseits noch gar keine Neigung zur Nachgiebigkeit an den Tag gelegt hat?

Gestern ist der diesseitige Gesandte am k. sächsischen Hofe, Geh. Rath v. Savigny, aus Dresden hier eingetroffen. Die von der „Köln. Ztg.“ gebrachte Mittheilung, daß der preussische Botschafts-Gesandte Hr. v. Uffedom am Turiner Hofe beglaubigt und in Frankfurt durch den Unterstaatssekretär Geh. Rath v. Sydow ersetzt werden solle, beruht auf Gerüchten, die neuerdings in hiesigen politischen Kreisen mit großer Bestimmtheit aufrufen. Ein solcher Stellenwechsel soll allerdings schon wiederholt in Erwägung gezogen worden sein. Ob derselbe aber wirklich erfolgt werde, ist noch nicht entschieden. Als sehr wahrscheinlich bezeichnen sonst wohlunterrichtete Personen die baldige Abberufung des Grafen Brassier de St. Simon von Turin. — Ein heute hier unlaufendes Gerücht will wissen, der Minister des Innern, v. Jagow, werde das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg übernehmen und auf dem Ministerposten den jetzigen Oberpräsidenten v. Selchow zum Nachfolger erhalten. In Bezug auf die Glaubwürdigkeit des Gerüchtes sind uns noch keine genaueren Aufschlüsse zugetommen. — Am Mittwoch den 10. werden die Verhandlungen des hier versammelten brandenburgischen Provinziallandtags ihr Ende erreichen.

Königsberg, 5. Dez. Die neun Unterzeichner des Aufrufs, betreffend den Nationalfond, sind wegen Uebertretung der Regierungsverfügung vom 21. März 1852, welche das öffentliche Kollektiren ohne polizeiliche Genehmigung verbietet, laut Urtheil des Polizeirichters mit 2 Thlr. Strafe belegt worden. Der Richter nahm an, daß die Beiträge zum Nationalfond „milde Gaben“ seien. Die Unterzeichner des Aufrufs werden gegen diese Entscheidung voraussichtlich recurriren.

Gumbinnen, 5. Dez. Die „Preuß.-Lith. Ztg.“ schreibt: „Diejenigen Landwehroffiziere des hiesigen Kreises, welche die öffentliche Aufforderung zur Betheiligung am Nationalfond mit unterzeichnet hatten, sind nunmehr, nachdem sie auf die Anfrage des ihnen vorgelegten Kommando's die Unterschriften als die ihrigen anerkannt haben, auf Dienstag

den 9. d. Mts. zur weitem Verantwortung vorgeladen worden.“

Wien, 5. Dez. (Sch. M.) Die Finanzkommission des Herrenhauses hat in der Banfrage Anträge gestellt, welche in Bezug auf die Bedeckung der Noten, die Dauer der Privilegiumsverlängerung und die Verzinsung des permanenten Darlehens von 80 Millionen wesentlich von den Anträgen des Abgeordnetenhauses abweichen und sich den in der bekannten Petition des großen Ausschusses enthaltenen Vorschlägen nähern. Die Gegner der Banfrage sind nun mit der Hoffnung, daß das Herrenhaus die Vorschläge seiner Kommission verwerfen und die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses annehmen werde. Diese Hoffnung wird sich aber nicht erfüllen; es kann jetzt schon mit aller Bestimmtheit versichert werden, daß das Herrenhaus die Anträge seiner Kommission annehmen wird. Die von München zur Vertretung der auswärtigen Aktionäre der österr. Nationalbank an den Bankauschuß gerichtete Eingabe dürfte auf diesen Beschluß des Herrenhauses nicht ohne Einfluß sein. In dieser Eingabe wird gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses auf das energischste protestirt, und für den Fall, als dieselben angenommen werden sollten, die Liquidation vorgeschlagen. Die Regierung, welche die Banfrage um jeden Preis in dieser Session lösen möchte, sucht zu vermitteln, und Hr. v. Schmerling als auch der Finanzminister machen ihren Einfluß in dieser Richtung geltend. Wie man hört, soll Hoffnung vorhanden sein, daß das Abgeordnetenhaus in zwei Punkten, der Privilegiumsverlängerung und der Bedeckung der Noten, sich versöhnlich zeigen wird; dagegen soll es aber fest entschlossen sein, in der Frage der Verzinsung des permanenten Anlehens von 80 Millionen nicht nachzugeben, wogegen das Herrenhaus diese Verzinsung mit 1 1/2 Prozent bemessen haben will.

Trient, 5. Dez. (Zunzta.) Bei der gestern hier von sämmtlichen neugewählten Abgeordneten Wälschtyrols abgehaltenen Versammlung wurde mit großer Majorität nach beendigtem Debatten der Beschluß gefaßt, den auf den 8. Januar anberaumten Landtag für Tyrol zu besuchen. Weiter erzählt man sich, daß die Abgeordneten Dall'Armi, Depretis und Publio Colle gegen den Beschluß protestirt haben.

Schweiz.

Bern, 5. Dez. (Sch. M.) In Genf gehen die politischen Wogen sehr hoch in diesem Augenblick. Die ganze Schweiz wünscht die Annahme der neuen Verfassung; denn sie ist in der That geeignet, die Ruhe des Kantons Genf, dessen gegenwärtige Unklammerung von Seite Frankreichs alle mögliche Vorsicht zur Pflicht macht, auf lange Zeit zu sichern. Neben den liberalsten, ja radikalsten Bestimmungen über die Volksrechte, die weiter ausgedehnt sind, als in den meisten übrigen Kantonen, hebt der Entwurf die bisherige Scheidewand zwischen Alt- und Neu-Genfern auf. Diese Scheidewand bestand in dem auf etwa 5 Millionen geschätzten Vermögen der alten Genfer, dem sog. Genfer Spital, an welchem die katholischen Neubürger keinen Antheil hatten. Die neue Verfassung bestimmt nun, daß die Güter des Genfer Spitals in Staatsrenten umgewandelt und durch 45,000 Fr. Rente von Seite des Staats vermehrt und diese ganze Summe von 5 Millionen auf alle Gemeinden des Kantons nach der Volkszahl vertheilt und als Armenrenten benützt werden soll. Auf diese Weise erhalten die kleinsten Gemeinden Armenrenten von 10 bis 50,000 Fr. Die großen Ortshäuser erhalten sehr bedeutende Summen, z. B. Carouge 349,000 Fr., die Stadt Genf 2,500,000 Fr. Und doch, heißt es, wollen die Katholiken in Masse verwerfen. Wenn dieses geschieht, so hat ohne Zweifel Frankreich die Hand im Spiel, welches ein sehr begreifliches Interesse hat, diesen Kanton nicht zur Ruhe gelangen zu lassen. Eine Anzahl angesehenen Katholiken erließ nun so eben einen Aufruf an ihre Glaubensgenossen, worin sie erklären, daß ihre Religionsfreiheit durch die neue Verfassung nicht bedroht sei, daß dagegen bei deren Annahme Ruhe und Friede in den Kanton zurückkehren werde. In gleicher Weise ermahnen 28 in Genf angelegene Schweizer aus andern Kantonen ihre Geschäftsgenossen in Genf, sich durch das terroristische Vorgehen der Regierungspartei nicht einschüchtern zu lassen, sondern frei und unabhängig nach immerfester Ueberzeugung zu stimmen. Möglich, daß solche Stimmen die Rückkehr zur Besinnung bewirken; aber gegen Einflüsse, wie sie die Vertheidiger der Spielhölle zu üben wissen, helfen solche Worte schwerlich.

Genf, 8. Dez. (Sch. M.) Die neue Verfassung wurde bei der gestrigen Volksabstimmung mit 6373 gegen 5805 Stimmen verworfen. Mehrheit 568 (Radikale oder Jazyaner). In der Stadt und auf dem rechten Ufer errang das Ja einen schwachen Sieg; auf dem linken Ufer war das Nein überwiegend. Alles ruhig.

Italien.

Turin. Nach der Mailänder „Unita Italiana“ haben in Heideberg zur Feier der polnischen Revolution versammelte polnische Studenten von Garibaldi, dem sie einen Toast gebracht, folgende Antwort erhalten:

„Liebe Freunde! Ich bin stolz und glücklich wegen Eurer Zugehörigkeit. Ihr seid die Hoffnung eines tapfern und unglücklichen Volkes. Die Theilung Eures schönen Vaterlandes ist ein Verbrechen, für welches die Völker Europas seit lange blühen. Der Zustand, in dem sich das muthige Polen befindet, muß aufhören. Die Völker, untereinander solidarisch, müssen denken, daß, wenn sie für eure Freiheit kämpfen, sie auch für die ihre streiten. Meine Gesundheit hat sich sehr gebessert. Ich werde vielleicht bald im Stande sein, meinen schwachen Arm der heiligen Sache der Freiheit anzubieten. Ich umarme Euch liebevoll. Ganz der Eure. G. Garibaldi.“

Turin, 6. Dez. Garibaldi hat folgenden Aufruf an die Ungarn gerichtet:

„Ja, betrachtet Italien als eine Schwester, und die Italiener als bereit, an Eurer Seite für die Befreiung Eures Volkes zu kämpfen, wie Ihr für die Befreiung des unsrigen gekämpft. Wie herrlich waren sie, die tapfern Söhne Ungarns, auf unsern südlichen Schlachtfeldern! Wenn ich sie sah,

habe ich mir oft gesagt, diese Beaven werden sich schnell ihrer Tyrannen entledigen und wir werden ihnen in ihrem Streite gegen den Despoten das Blut wieder erstatten, das sie für uns vergossen. Lacht über die Füglosigkeit der Ministerien und über die Undankbarkeit der Großen; unser Volk liebt Euch, und die Sache Ungarns ist heute die Sache der Italiener. Das Streben ist dasselbe, die Unterdrücker sind dieselben, und das Blut ist dasselbe, denn es ist gemischt mit dem eines Luchers und Goirrols. Reicht der unterdrückten Willen, die Euch umgeben, die Hand und hohlet. Gott kann das Martirium seiner Geschöpfe nicht mehr zulassen. Ganz der Eure. — Pisa, 2. Dez. 1862. — G. Garibaldi.

Frankreich.

Paris, 8. Dez. Die Rede, welche der Kaiser gestern bei der Einweihung des neuen Boulevards, in Erwiderung der an ihn gerichteten Ansprachen des Seine-Präfekten und des Präsidenten des Municipalrathes, hielt, lautet vollständig: Hr. Präfekt, meine Hrn. Mitglieder des Municipalraths! Ich wollte der Einweihung dieses neuen Boulevards präsidiren, um Ihnen für Ihre unermüdete Hingebung für die Interessen dieser großen Stadt zu danken. Die Hauptstadt umwandeln, indem man sie größer und schöner macht, das heißt nicht nur mehr Häuser bauen als man einreißt und Arbeit einer Menge verschiedener Industrien geben, es heißt auch überall Gewohnheiten der Ordnung und Sinn für das Schöne einführen. Diese geräumigen Straßen, diese architektonischen Häuser, diese Allen geöffneten Gärten, diese Kunstdenkmale — sie erhöhen das Wohlbehagen und vervollkommen den Geschmack. Und wenn man denkt, daß Sie neben diesen umfangreichen Arbeiten auch die öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten vergrößern, die kirchlichen und Schulgebäude vermehren, so muß man Ihnen Dank wissen, so viele nützliche Dinge zu thun, ohne irgendwie die guten Finanzen der Stadt zu gefährden.

Meine stete Sorge ist, wie Sie wissen, die Mittel zu suchen, um der augenblicklichen Abnahme der Arbeit abzuhelfen und Wohlstand unter den arbeitenden Klassen zu verbreiten. Die Frage der öffentlichen Verpflegung (alimentation) hat jüngst noch meine besondere Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In Folge der letzten Verabreichung im Staatsrath werden einige nützliche Reformen in der Bäckerei eingeführt werden. Ich bin übrigens entschlossen, das System der Komposition modifizirt beizubehalten und je nach den Verhältnissen eine offizielle oder eine offiziöse Laxe einzuführen. Ich muß Ihnen auch für die Mitwirkung danken, welche Sie einer aus der Initiative der Kaiserin hervorgegangenen Stiftung liehen; diese Stiftung, welche dem christlichen und arbeitenden Handwerker Kapitalien zu Gebote stellt, hat als alle Sprichwörter Lüge, daß man nur dem Reichen leihet. Wenn, wie ich hoffe, diese Anstalt sich entwickelt, so wird es tröstlich sein, zu denken, daß ein guter Ruf ein wahrhaftes Besitzthum ist, welches Vortheile und Garantien bietet. Die Werke des Friedens empfehlen sich um desto mehr, als man die ruhmreichen Erinnerungen unserer Geschichte daran knüpft. Deshalb habe ich gewollt, daß das neue Boulevar, welches eine der gewerthätigsten Vorstädte durchschneidet, den Namen des Prinzen Eugen trage, dieses Kindes von Paris, im Alter von 14 Jahren Ordonnanzoffizier des Generals Hoche, eines der Helden des Rückzugs aus Rußland, und der — che er Frankreich und den Kaiser verließ — lieber die italienische Krone aufgab, welche die verbündeten Souveräne ihm anboten.

Ich vermag es nicht zu sagen, wie sehr mich rührt, daß das Volk aus freiem Antrieb einem der benachbarten Boulevards den Namen meiner Mutter gab; ich kann aber diese Benennung nicht annehmen. Die auf Mariner einwirkenden Namen dürfen nicht das ausschließliche Privilegium unserer Familien sein; es gehört allen Denjenigen an, welche dem Lande Dienste erwiesen. Deshalb wird die neue Verbindungsstraße, welche heute an die Stelle des Kanals St. Martin trat, von nun an „Boulevard Richard Lenoir“ heißen. Obwohl schon eine kleine Straße des Namens „Richard Lenoir“ besteht, so wünsche ich doch den Namen des Mannes in hellerem Licht zu zeigen, der sich vom einfachen Arbeiter der Vorstadt St. Antoine zu einem der ersten Fabrikanten Frankreichs emporhob, den der Kaiser für die ungeheure Entwicklung der Baumwoll-Industrie eigenhändig dekorierte, und der ein edel erworbenes Vermögen anwachte, um seine Arbeiter während der schlimmen Tage zu unterhalten und sie zu wässern, als es galt, die Invasion der Fremden abzuwehren.

Lassen Sie uns sohin mit Allem befaßt sein, was die materielle Lage des Volks verbessert und seine Stimmung zu heben vermag! Lassen Sie uns ihm stets ein edles Ziel und das Beispiel Derjenigen vor Augen stellen, welche das Vermögen durch Arbeit, die Achtung durch Redlichkeit, den Ruhm durch Muth erwerben!

Nach dieser Rede verließ der Kaiser dem Seine-Präfekten Hrn. Haußmann das Großkreuz der Ehrenlegion und ernannte außerdem mehrere städtische Beamte zu Rittern desselben Ordens.

Paris, 8. Dez. Der Kaiser hat den berühmten Maler Horace Vernet zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt. Se. Majestät zeigte ihm diese Ernennung durch ein eigenhändiges Schreiben an. Unglücklicher Weise hat es den Anschein, als ob der berühmte Künstler diese Auszeichnung nicht lange überleben sollte. Horace Vernet wurde bereits mit den Sterbfakramenten versehen, und nahm Abschied von seiner Umgebung. Sein Zustand läßt nur sehr geringer Hoffnung Raum. — Aus Italien erwartet man die Bestätigung des Endes der Kabinetsskizze durch Bildung eines Ministeriums mit Farini als Präsident ohne Portefeuille an der Spitze. Die Ernennung Farini's könnte übrigens bei dem Gesundheitszustand dieses geistig sehr geschwächten Staatsmannes jedenfalls nur eine nominelle, eine Art Fiktion für das zusammengestückelte Ministerium sein. Wie man versichert, hätte Victor Emanuel die Absicht, demnächst eine Proklamation an sein Volk zu veröffentlichen, worin er die verschiedenen Provinzen und Parteien seiner Staaten zur Versöhnung und Einigkeit auffordern würde. — Der preussische Gesandte Graf v. Solz wird nicht vor Anfang des nächsten Monats in Paris erwartet. — Die „France“ hat Privatnachrichten aus Mexiko, wonach die Heerföhre unter General Berthier zu El-Cencero angelangt war. In den ersten Tagen Dezembers gedachte der General zu Amozoc, wo die beiden Straßen von Jalapa und Orizaba zusammenlaufen, mit dem General Forey zusammenzutreffen. — Der „Moniteur“ ergänzt seine gestrige Note wegen der Baumwoll-Krise dahin, daß in den verschiedenen davon betroffenen Departementen zur Beschäftigung der erwerbslosen Arbeiter Eisenbahnen, Kanäle und Straßenbauten angeordnet sind. Revidirt erhielt der Minister des Innern

einen Kredit von 700,000 Fr. zur Unterstützung der Arbeiter bis zum Zusammenritt des Gesetzgebenden Körpers.

Amerika.

Neu-York, 25. Nov. Die in jüngster Zeit wegen beabsichtigter Verhinderung der Kontribution oder wegen anderer feindseliger Handlungen gegen die Regierung verhafteten Personen sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

Die Expedition, welche der Unionschiffahrt den Mississippi wieder eröffnen soll, wird 40,000 Mann stark sein. Die Südstaatlichen haben bei Fort Hudson am Mississippi, 150 Meilen von New Orleans, bedeutende Festungswerke, welche die Mündung des Flusses beherrschen, aufgeführt. Der Präsident der Südstaaten, Hr. Jefferson Davis, hat verlangt, daß ihm der Unionsgeneral Mac Neil, als der Ermordung von zehn Bürgern aus dem Staate Missouri schuldig, ausgeliefert werde. Die Unionsbehörden haben diese Forderung abgewiesen; wenn die gegen Mac Neil vorgebrachten Beschuldigungen sich als begründet erweisen, so sollen die zehn ersten Unionsoffiziere, welche gefangen genommen werden, hingerichtet werden.

Das neue Kongressmitglied für Missouri verlangt die stufenweise Emanzipation der Sklaven in diesem Staate.

Neu-York, 25. Nov. Die Unionisten hatten den Bewohnern von Fredericksburg eine Frist bis zum 23. Morgens bewilligt, um Weiber und Kinder aus dem Plage zu entfernen. Man hat noch keine Nachrichten darüber, daß das Bombardement begonnen hat. Der südstaatliche General Lee ist in Fredericksburg; er will sich mit Gewalt dem Uebergang der Unionisten über den Rappahannock widersetzen. Die beiden kriegführenden Theile stehen immer in geringer Entfernung von einander bei Harpers Ferry. Ueber die Bewegungen Stonewall Jackson's sind widersprechende Gerüchte im Umlauf; ebenso über die Bestimmung der Unionsexpedition unter General Banks. Nach Einigen soll sie mit den Kanonenbooten zu einem Angriff gegen Richmond auf dem Jamesflusse mitwirken. Die „New-York Times“ sagt, die offizielle Meldung einer europäischen Vermittlung werde die Amerikaner zu einer Haltung veranlassen, welche den europäischen Regierungen keinen Zweifel über ihre Absichten belassen werde.

Aus Mexiko wird gemeldet: Aus der offiziellen Korrespondenz zwischen der mexikanischen Regierung und den auswärtigen Vertretern ergibt sich, daß diese noch fortwährend die Ausweisung Jekers u. A. rückgängig machen wollen. Der preussische Gesandte droht die mexikanische Regierung für die Verluste, welche die ausgewiesenen Franzosen erleiden, verantwortlich zu machen. Die mexikanische Regierung scheint bemungetet entschlossen, die ergriffenen Maßregeln aufrecht zu erhalten.

Neu-York, 27. Nov. (Cap Race.) Die Südstaatlichen haben ihre Stellungen zu Fredericksburg befestigt. Der schlechte Zustand der Straßen hindert die Bewegungen der Unionsarmee. — Die Neu-Yorker Blätter besprechen die über die Vermittlung zwischen London und Paris ausgetauschte offizielle Korrespondenz in einem Frankreich und England sehr feindseligen Tone. Man schreibt diesen Mächten Motive des persönlichen Interesses zu. Die russische Politik wird dagegen günstig beurtheilt. Man glaubt, daß Präsident Lincoln am ersten Tage der Kongresssession seine Botschaft mittheilen wird. — Es heißt, die Angriffspläne Burnside's gegen Fredericksburg seien nur eine Finte gewesen, um den Marsch der Armee von Aquia Creek nach der Halbinsel zu verdecken. Ein Marsch der Unionisten über Fredericksburg nach Richmond wird als unausführbar angesehen. Der Präsident Lincoln hat Washington verlassen und am letzten Mittwoch mit General Burnside zu Belleplan eine Zusammenkunft gehabt, in der Wichtiges verhandelt worden sein soll.

Neu-York, 28. Nov. (Ueber Newfoundland.) Keine wichtige Nachricht vom Kriegsschauplatz. Ein starkes Expeditionskorps wird von Seite der Unionisten vor Fredericksburg ausgerückt. Dasselbe soll nächstens gegen Columbus aufbrechen. Eine andere Expedition gegen den Süden wird in Neu-York vorbereitet.

Baden.

— Heidelberg, 7. Dez. (Mannh. J.) Als zweite Vorlesung aus dem angehängten Cyklus hielt gestern Prof. Wattenbach einen Vortrag über die Germanisirung der deutschen Grenzlande. — Die hiesige Stadt, welche sonst auch zur Winterzeit von vielen hier ständig sich aufhaltenden fremden Familien besucht war, ist im gegenwärtigen Winter weniger belebt, als sonst. — Gestern fand die alljährlich abzuhaltende Generalversammlung der hiesigen Musikgesellschaft statt. Es wurde unter Andern auch eine Vorstandswahl vorgenommen, bei welcher Gelegenheit Dr. Vagenhoffer der Weltere zum ersten, und Rechnungsrath und Universitätssekretär Muth zum zweiten Vorsteher gewählt wurden.

Von der Kinzig, 7. Dez. Zu der in Nr. 281 dieser Blätter überschrieben mitgetheilten Vollzugsverordnung über die Verwaltung und das Rechnungswesen des östlichen evangelischen Kirchenvermögens gibt der evangelische Oberkirchenrath in dem neuesten kirchlichen Berichtsblatt weitere Bestimmungen, die im Wesentlichen dahin lauten, daß die bestehenden Rechnungsperioden und vordereinander auch die bisherigen Rechnungsperioden beibehalten werden, und bei solchen Rechnungen, die mit dem laufenden Rechnungsjahr zum Abschluß kommen, die Ausstellung eines Voranschlages unterbleibt; dagegen aber, sofern noch Ausgaben, die nicht schon durch die große Verwaltungsbefehle genehmigt sind, aus dazu vorhandenen und verfügbaren Mitteln bestritten werden sollen, die Zustimmung der Kirchengemeinde-Versammlung einzuholen ist. Für diejenigen Rechnungen, welche mit dem laufenden Rechnungsjahr noch nicht abgeschlossen werden, sind indessen sofort nachträgliche Voranschläge für die ganze laufende Rechnungsperiode anzufertigen, und ist damit nach bereits bekannter Vorschrift zu verfahren. Die Einbringung der von dem Diözesanausschuß alljährlich dem Oberkirchenrath vorzuliegenden Ueberichten über den Vermögensstand sämtlicher in der Diözese befindlichen kirchlichen Stiftungen hat erstmals im Januar 1864 zu ge-

sehen. Bemerkenswert ist auch, daß es sich hier nur um solche evangelische Fonds handelt, welche ganz oder vorzugsweise zu kirchlichen Zwecken bestimmt sind. Die den Schulbehörden unterstellten örtlichen Schulfonds und die auch fernerhin unter der Aufsicht der Staatsverwaltungsbehörden verbleibenden übrigen weltlichen Stiftungen werden von diesen Bestimmungen nicht berührt.

Vermischte Nachrichten.

München, 5. Dez. (Fr. J.) Gutem Vernehmen nach beabsichtigt die hiesige Künstlergesellschaft im kommenden Sommer wieder eine allgemeine deutsche Kunstausstellung in München zu veranstalten, wenn die bayrische Akademie der Künste diesem Projekt ihre Zustimmung gibt.

Mainz, 6. Dez. Die der „Mainz. Anz.“ hört, ist heute ein Invalide, auf welchem in Folge der bisher geführten politischen Unternehmung der Verdacht ruht, er habe das Feuer im Invalidenhause angelegt, von der Staatsbehörde verhaftet worden.

Gotha, im Dez. (Mannh. Corr.) Der „Gothaische genealogische Hofkalender“ (Gotha, bei Justus Perthes) erlebte in der gegenwärtigen Ausgabe für 1863 seinen 100. Jahrgang. Dieses 100jährige Jubiläum gibt der Redaktion des Kalenders Gelegenheit, in der Vorrede einen Rückblick auf die Entstehung und Schicksale des Buches zu werfen. Wilhelm v. Rotberg wird als der Gründer genannt; er gab einen kleinen Kalender in französischer Sprache unter dem Titel „Almanac necessaire“ heraus. Dieser aristokratische Sprößling einer galanten Laune wurde sodann von E. C. Klüppel weiter ausgebildet und verwandelt sich in den „Almanac de Gotha“. Im Jahr 1765 hatte der „Almanac de Gotha“ deutsch sprechen gelernt, und erschien unter dem Titel „Gothaischer Hofkalender“ u. s. w. Bis zu Ende des ersten Viertels des gegenwärtigen Jahrhunderts brachte der „Hofkalender“ auch eine bunte Reihe wissenschaftlicher Aufsätze, von wo an er jedoch ausschließlich ein genealogisch-diplomatisches Handbuch wurde. Unter den Mitarbeitern finden wir manchen bekannten, ja berühmten Namen, so G. E. Lichtenberg, Blumenbach, C. A. Böttiger u. s. w.; von künstlerischen Mitarbeitern nennen wir nur Chodowiecki und Ramberg.

Eisleben, 2. Dez. (N. B. J.) Das Geburtshaus Luther's ist schon längst von unseren Landesherren in ihren Schutz genommen und zu einem Denkmal Luther's geweiht. Aber das Sterbehause, worin er die letzten 21 Tage seines Lebens zugebracht und noch so Vieles auch zum Segen unserer Stadt gewirkt hat, war bisher in Privat Händen. Den unabhängigen Bemühungen des Oberpräsidenten unserer Provinz ist es gelungen, zu bewirken, daß Se. Majestät das Sterbehause jetzt hat ankaufen lassen, um es für alle Zeit als ein Denkmal Luther's zu erhalten. Dasselbe soll in den Zustand wieder hergestellt werden, in welchem es am 18. Febr. 1546 war. Wie verlautet, ist es die Absicht, die restaurirten Räume zur Ausstellung von Sammlungen zu benutzen, die an den Reformator erinnern.

Statistisch-Nöthig über Spinnereindustrialie. Nach amtlichen Mittheilungen sind in der Baumwollen-, Wollen-, Kammgarn-, Hanf-, Flachs-, Jute-, Strumpfwaren- und Seidenindustrie Englands im Jahr 1861 in 6378 Anstalten mit 36,450,028 Spindeln und 490,866 mechanischen Webstühlen, 375,294 Dampf- und 29,339 Wasserpferden, 775,534 Personen beschäftigt, worunter 305,223 männliche und 467,261 weibliche, 69,593 Kinder unter 13 Jahren, zur Hälfte Knaben und Mädchen.

Während im Jahr 1850 nur 1932 Baumwoll-Fabriken mit 20,977,017 Spindeln, 249,627 mechanischen Webstühlen und 82,555 Pferdestärken vorhanden waren, haben dieselben zugenommen auf 2887 Fabriken mit 30,387,467 Spindeln, 399,992 mechanischen Webstühlen und 294,130 Pferdestärken. Im Jahr 1850 wurden 330,924 Personen, jetzt 451,569 beschäftigt. Die männlichen unter 13 Jahren haben von 9482 auf 22,081, die weiblichen unter 13 Jahren von 5511 auf 17,707, die männlichen über 13 Jahren von 132,019 auf 160,475, die weiblichen über 13 Jahren von 183,312 auf 251,306 zugenommen. Die Betriebskräfte haben daher seit 1850 um 26 Prozent, die dabei beschäftigten Personen um 36, dagegen die Zahl derer unter 13 Jahren um 163 Prozent zugenommen.

Um Fleisch wohlfeiler und haltbarer zu machen, empfiehlt Leuchs den Thieren vor dem Schlachten geistige Getränke zu geben, die mit gewürzhaften Stoffen versetzt sind; zur Erreichung des zweiten Zwecks aber solche, denen man säuerliche Körper zusetzt; namentlich in heißen Ländern, wo das Fleisch oft so schnell nach dem Schlachten in Fäulnis übergeht, wäre das Mittel von Nutzen. Die Chinesen scheinen es bereits zur Vermehrung des Wohlgeschmacks bei Geflügel anzuwenden, indem sie Fühnern vor dem Schlachten eine weinige gewürzte Flüssigkeit eingeben und sie dann herumjagen, damit dieselbe sich im Körper verbreitet. An dem Werth dieses Mittels wird Niemand zweifeln, der aus eigener Erfahrung den Unterschied im Geschmack des Lammfleisches kennt, wenn es von Schafen aus Niederungen herrührt, oder von solchen, die gewürzhaftes Gebirgsgrün freffen, z. B. auf dem Hymettus, dem Libanon.

Durch die Zeitungen läuft folgende heitere Anekdote, deren Schauplatz angeblich Baden-Baden in dem letzten Sommer gewesen sein soll. In der Nähe des grünen Liches saßen ein reicher Franzose und seine Gemahlin als anmerkliche Zuschauer. „Wie wär's“, sagte endlich die Dame laut scherzend zu ihrem Gemahl, „wenn ich einmal auf mein Alter spielte?“ — „Ja“, antwortete der Franzose, „das ist ausgemacht, eine Frau, die zum ersten Mal ihre Alterszahl besetzt, gewinnt immer.“ Alles schaut auf, um zu sehen, welche Nummer die Dame besetzen werde. Sie zieht aus einer Börse zwei Louisdor und legt dieselben auf Dreißig. „Sechshunddreißig!“ lautet nach einer erwartungsvollen Pause der Ruf des Croupiers. „Siehst du?“ sagte der Herr, sich an seine Frau wendend, „wärfst du aufrichtig gewesen, so hättest du zweihundertzig Louisdor gewonnen.“

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 11. Dez. 4. Quartal. 138. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Experimentirt**; Lustspiel in 1 Akt, von Hollwein. Hierauf: **Der Paletot eines Diplomaten**; Lustspiel in 3 Akten, von Dr. v. Frank.

Sonntag 14. Dez. 4. Quartal. 139. Abonnementsvorstellung. **Die Schlittenfahrt von Nowgorod**; große Oper in 4 Akten, von Aussenberg. Musik von J. Strauß.

